

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **60 (1980)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AN DER SCHWELLE DER ACHTZIGER JAHRE

Wenn auch Übergänge von einem Jahrzehnt zum andern relativ willkürliche Zäsuren politisch-wirtschaftlichen Geschehens darstellen, so bieten sie doch willkommenen Anlass zur Bilanz in längerfristiger Perspektive. Blättert man in den Zeitungen und Zeitschriften um zehn und zwanzig Jahre zurück, so sieht man sich zwar nicht mit völlig andern *Problemlagen*, wohl aber ganz eindeutig mit andern *Stimmungslagen* konfrontiert.

Die Kommentare zur Jahreswende 1960 klangen zwar *wirtschaftlich* optimistisch, waren aber noch immer von skeptischen Tönen untermalt, etwa in der Art, es gehe «immer noch» erstaunlich gut, und darum dürfe man auch mit weiterhin stabilen *politischen* Verhältnissen rechnen. Den Hintergrund bildete ein wirtschaftlicher Aufstieg, der weithin als «Wiederaufstieg» nach langen Krisen- und Kriegszeiten empfunden wurde und der auch nach dem Urteil der Experten in erster Linie als «Nachkriegsboom» zu werten war. Kennzeichnend für diese Zeit war bei aller Härte der Auseinandersetzungen in Einzelfragen das Gefühl echter Sozialpartnerschaft im Sinne einer Seilschaft, die ihr Ziel der wirtschaftlichen Prosperität nur als *eingespielte* Mannschaft erreichen konnte.

Zehn Jahre später, 1970, präsentierte sich eine wesentlich veränderte Klimalage. Das wirtschaftliche Wachstum war inzwischen nicht nur zur

Selbstverständlichkeit, sondern teilweise bereits zum Problem geworden. Mitte der sechziger Jahre hatte die «Mirage-Krise» schlagartig sichtbar gemacht, dass unser politisches Milizsystem Schwierigkeiten bekunde, den Staat des technischen Zeitalters im Griff zu behalten. Damit begann sich allgemein ein «Malaise» um die politische Führung auszubreiten, das schon einige Jahre zuvor von hellhörigen Zeitkritikern wie Max Imboden signalisiert worden war und schliesslich zum Ausgangspunkt für die Totalrevisionsbewegung wurde.

Gleichzeitig wurden negative Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur bewusster wahrgenommen: Erste politische Reaktionen auf die rasch wachsende Zahl der Fremdarbeiter, auf die «Betonisierung der Landschaft», aber auch auf die steigende Inflation wurden spür- und hörbar. Die Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren wurde denn auch zu einer Phase der konjunkturpolitischen Diskussionen, vor allem aber zum Schauplatz eines Abstimmungskampfes, wie er so hart und emotional schon lange nicht mehr geführt worden war: Die «Schwarzenbach-Initiative» wurde zum Kristallisationspunkt aufwühlender Leidenschaften verschiedenster Einfärbung.

Und heute, an der Schwelle der achtziger Jahre? Die Kämpfe rund um die verschiedenen Überfremdungs-Initiativen gehören längst der Ver-

gangenheit an. Die Zeit der «Überfremdungs-Parteien» ist abgelaufen. Das frühere «Leiden an der Hochkonjunktur» wirkt im Rückblick fast skurril. Die zeitweise weite Bevölkerungsschichten beschäftigende Kritik an «Leistungsgesellschaft» und «Wachstumseuphorie» ist der Sorge um das nötige Wachstum und die notwendige Innovations- und Leistungskraft zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gewichen. Gesellschaft und Staat richten sich darauf ein, dass weitere «fette» Jahre länger als sieben Jahre auf sich warten lassen werden. Planungswut und infrastruktureller Perfektionismus beginnen einem verstärkten Bemühen um das rechte — und auch zahlbare — Mass zu weichen.

Doch dieser ausgeprägte Klimawandel darf nicht über die Konstanz zentraler politischer Probleme hinwegtäuschen. Unsere staatliche Organisation ist weiter in einem schwierigen Prozess der Anpassung begriffen. Der moderne Dienstleistungsstaat ringt noch immer um seine optimale Form, die eine vernünftige Befriedigung der «politischen Grundbedürfnisse» erlaubt, ohne dabei Steuerlasten auszulösen, welche in ihrer Summierung die wirtschaftliche Effizienz der Gesellschaft und damit erst recht auch die Finanzierung des Staatshaushalts in Frage stellen. Nicht definitiv geklärt ist ferner die Rolle des Staates als ordnungspolitischer Tugendwächter in einem prinzipiell nach wie vor liberalen Wirtschaftssystem. Hier geht es vor allem darum, Sonderfälle und Sonderkonstellationen nicht zum Anlass für überdimensionierte Regelungssysteme auch für den weitaus dominierenden «Nor-

malfall» zu nehmen. Das Problem mag für den Laien als marginal erscheinen, hat aber für die wirtschaftliche Praxis und Wettbewerbsfähigkeit eine schicksalsschwere Bedeutung.

Staatspolitisch wird es vor allem darum gehen müssen, unserer direkten Demokratie weiterhin ihren zentralen Sinngehalt der aktiven Partizipation der Bürger zu erhalten. Das ist eine Frage nicht nur der «politischen Pädagogik» im weitesten Sinn, angefangen bei Elternhaus und Schule über Parteien und weitere gesellschaftliche Organisationen bis hin zum Informationswesen. Es ist auch eine Frage des politischen Stils, der Transparenz der Entscheidungsabläufe und der Dosierung der politischen Belastung von politischen Kadern und Bürgerschaft.

Die Einzelaspekte des politischen Spektrums der achtziger Jahre liessen sich selbstverständlich noch vermehren. Doch letzten Endes hängt unsere politische und wirtschaftliche Zukunft nicht von der Bewältigung oder Nichtbewältigung einzelner Probleme ab, sondern davon, wie weit es uns gelingt, unsere moralische Substanz im politischen Sinne intakt zu halten. Die Stärke dieses Volkes lag in der Vergangenheit in seiner Fähigkeit, an den Schwierigkeiten zu wachsen. An Schwierigkeiten wird es in den achtziger Jahren weder im wirtschaftlichen noch im politisch-gesellschaftlichen Bereich fehlen. Möge es uns gelingen, immer wieder den politischen Gestaltungswillen aufzubringen, der zu ihrer Bewältigung nötig sein wird.

Richard Reich

THEORIE UND PRAXIS –
BEMERKUNGEN ZU EINEM MISSVERSTÄNDNIS

Immer wieder ist in der wirtschaftspolitischen Diskussion zu hören, dass die Theoretiker – gemeint sind damit vorzüglich die im Naturschutzpark der Universitäten lebenden Professoren – zwar möglicherweise intellektuell hochgezüchtete und blitzgescheite Überlegungen zur Erklärung wirtschaftlicher Phänomene anstellen, dass in der Praxis aber doch «alles ganz anders» sei; deshalb sei man auch gut beraten, ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen mit einer gehörigen Dosis von Skepsis aufzunehmen. Besonders extensiv wird diese These momentan etwa in der Auseinandersetzung um den neuen *Kartellgesetzentwurf* strapaziert; und er kommt mit auffällender Regelmäßigkeit natürlich auch aus der Ecke der Kartellisten, die man in dieser Domäne denn auch ohne Einschränkung als versierte Praktiker verstehen kann. Was ist von diesem meist im Brustton der Entrüstung vorgetragenen Argument dann zu halten, wenn es nicht nur als vorgeschobenes Motiv für die Ablehnung bestimmter wirtschaftspolitischer Massnahmen verwendet und als solches entlarvt wird?

Die Antwort auf diese Frage lässt sich im Kern auf einen einfachen Nenner reduzieren. Es ist nicht möglich, zwischen Theorie und Praxis einen logischen Gegensatz zu konstruieren, wenn unter Theorie der Versuch verstanden wird, mit Hilfe von empirisch getesteten Hypothesen bestimmte wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuspüren bzw. die Konsequenzen wirtschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Handelns unter ex-

plizit formulierten Annahmen abzuschätzen. Unterscheiden lässt sich durch diese Optik betrachtet lediglich zwischen guten und schlechten Theorien. Es ist aber zu vermuten, dass auch jene Praktiker, die sich nicht vom Bazillus der Theorie befallen wähnen, «theoretische» Überlegungen anstellen, ohne dass sie sich dessen allerdings bewusst sind. Würden sie sich nämlich nicht überlegen, was die möglichen Folgen ihres Tuns sein könnten, so müssten sie angeklagt werden, völlig unmotiviert, unstrukturiert und auch richtungslos zu entscheiden. Gegen eine solche Unterstellung wird sich wohl jeder Praktiker, der etwas auf sich hält, vehement wehren. Wenn er sich aber wehrt, hat er auch schon eingestanden, dass er sein Handeln an einer Theorie orientiert. Der Börsenchef einer Bank beispielsweise, der sein Metier kennt, der aber noch nie ein modernes Buch über die Portofolio-Theorie gelesen hat, wird wohl kaum wild drauflos kaufen oder verkaufen. Er hat vielmehr bestimmte *Vorstellungen* und *Erwartungen* über das künftige Börsengeschehen. Er hat eine Theorie. Und der Praktiker, der ein Kartell leitet, der aber keine Ahnung von der modernen Wettbewerbstheorie hat, wird zweifellos gewisse *Überlegungen* darüber angestellt haben, wie er bestimmte Wirkungen auf Märkten mit Hilfe von wettbewerbsbeschränkenden Praktiken erreichen könnte, und welches die Konsequenzen für die involvierten Branchenunternehmen aller Voraussicht nach wären, wenn er dies

nicht tun würde. Sein Handeln beruht also auf Hypothesen und Erwartungen. Auch er hat eine Theorie.

Was mithin vorliegt, ist *nicht* ein Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, sondern das Aufeinanderprallen eines unterschiedlichen Bewusstseins von theoretischem Wissen. Es ist aus diesem Grund auch nicht zulässig, einen Gegensatz zwischen Theorie und *Pragmatismus* zu konstruieren. Pragmatisches Handeln heisst nämlich eine ausgesprochen nützlichkeitsbezogene Verhaltensweise, die den Erfolg zum Hauptkriterium erhebt. Und ein solches Handeln kann sicherlich nicht ohne Vorstellungen (oder Entscheidungsgrundlagen) darüber erfolgen, wie der Erfolg am besten zu erreichen ist.

Eines fällt beim «Philosophieren» über dieses Problem allerdings auf: die Theoretiker, die Wissenschaftler, also jene, die das Nachdenken über Theorien zu ihrer Hauptbeschäftigung ausgewählt haben, machen es den Praktikern nicht immer ganz leicht, ihre «theoretische Botschaft» auch zu verstehen. Die Theoretiker spezialisieren sich oft auf eine hoch-

geschraubte, ziemlich gestelzte Mitteilungsform, die von der Sache, die es zu beschreiben gilt, nicht immer zwingend gefordert wird, aber offenbar zu einem falsch verstandenen Wissenschaftlichkeitsstil gehört. Das Gütesiegel der Wissenschaftlichkeit wird nicht nur auf die Aussage, sondern auch auf den Mitteilungsstil gedrückt, den dann zumeist nur noch wenige Auserwählte zu lesen und zu erfassen verstehen. Je kleiner der Kreis der Auserwählten, desto höher die Wissenschaftlichkeit. Man könnte in diesem Zusammenhang von einem *Informationsgap* sprechen. Und es wäre im Sinne einer besseren Fruktifizierung theoretischer Erkenntnisse vielleicht nicht ganz unnützlich, wenn die Vollprofis der Theorie nach Mitteilungsformen suchen würden, die diesen Graben mindestens teilweise einebnen könnten. Dadurch könnte dem mythenhaften Glauben an einen Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis das Fundament entzogen werden. Hat übrigens nicht schon ein grosser Philosoph vor langer Zeit festgehalten, dass es nichts Praktischeres gebe als eine gute Theorie?

Willy Linder

NEU



Gerber-Streichschmelzkäse

4 Port. à 20 g

245 kJ (58 kcal)
pro Portion

Ideal zum Frühstück oder Znüni